

Oesterreichische Delegation.

tungen in Verbindung mit dem, was wir aus den öffentlichen Blättern wissen, geht eines hervor: Der Zweifel, ob es der Regierung Trojki-Lenin nur um die Abschließung dieses sogenannten Friedens über einen nicht mehr existierenden Krieg zu tun ist, oder ob nicht daneben und vielleicht in erster Reihe die Absicht besteht, durch eine Verschleppung der Verhandlung den Eindruck der Ereignisse in Rußland auf unsere und unserer Bundesgenossen innere Verhältnisse, vielleicht auch auf die inneren Verhältnisse der Ententeländer zu steuern und die Revolution von Rußland in unsere Mitte und nach der Meinung der russischen Unterhändler vielleicht auch in die Mitte ihrer ehemaligen Freunde, der Ententeländer, zu tragen.

Wenn Sie daher den Frieden, den echten Frieden, den Frieden, der uns wirtschaftlich sichert, der nichts anderes will, als Ordnung an Stelle von Anarchie und Krieglosigkeit zu setzen, so muß hier bei uns Wandel geschaffen werden durch eine vollständige Umrevolutionierung unserer öffentlichen Meinung und diese muß von hier, vom Ausbruch, in die Deffinitivität hinausgehen. Es muß der Deffinitivität zur Empfindung und Ueberzeugung gebracht werden, daß es nur einen Weg gibt, um dort zu einem Ziele und Ende zu kommen, daß das Hinterland in einer nicht verwirrten, sondern geordneten öffentlichen Meinung und Ueberzeugung durchläßt, die Entbehrungen, die uns auferlegt sind und die keineswegs ganz unerträglich sind, noch trägt und daß in diesem Durchhalten durch eine noch kurze Spanne Zeit und in dieser nicht verwirrten öffentlichen Meinung, in dieser Nichtunterstützung der russischen Revolutionäre durch unsere öffentliche Meinung die Gewähr für die Valdigkeit des Friedensabschlusses, aber auch für die Ehrenvollheit des Friedens, für den wirtschaftlichen Sicherungsfrieden, gegeben ist.

Bei dieser Gelegenheit sehe sich Redner gezwungen, darauf hinzuweisen, daß, wenn auch das Ausmaß der ungarischen Vorräte vielfach nach Gebühr überschätzt wurde, doch kein Zweifel daran sein könne, daß die Ernährungslage Ungarns und insbesondere der Selbstversorger Ungarns unvergleichlich besser ist als bei uns und daß, wenn die ungarische Regierung mit erforderlichen Nachbarn die Vorratsüberschüsse des Landes uns zur Verfügung stellen würde, unsere Ernährung bis zu jenem Zeitpunkte wesentlich erleichtert werden könnte, wenn wir von der Ukraine oder sonst irgendwoher in der Approvisionnement unterstützt werden. Er richte daher an die ungarische Regierung die entsprechende Bitte, bei ihren Maßnahmen nicht innerpolitische Rücksichten walten, sondern sich nur von dem Gefühl, daß es sich um das gemeinsame Vaterland handelt, leiten zu lassen und mit Rücksicht auf das gemeinsam vergossene Blut auch eine gemeinsame Ernährung zu ermöglichen. Zum Schluß spricht Redner sein volles und ganzes Vertrauen dem Minister des Aeußern und der Art, wie er die Verhandlungen führe, aus. (Beifall.)

Delegierter Dr. Stranšky:

Gegenüber den einleitenden Worten des Exposités müßte er darauf verweisen, daß es keineswegs der Zweck der Delegationen sei, die außenpolitische Lage nur dann zu erörtern, wenn es der jeweiligen Regierung passe, ihnen dazu Gelegenheit zu bieten, sondern daß sie dazu berufen seien, regelmäßig und alljährlich die Außenpolitik zu kontrollieren. Es gibt einen Hochverrat am Staate und einen Hochverrat an den Völkern. Für uns ist der Hochverrat an den Völkern strafbarer als der Hochverrat am Staate. Hat Graf Czernin schon ganz vergessen, daß etwas Ähnliches in Böhmen geschehen sollte, wo man ebenfalls einen gewaltsamen Eingriff in die verfassungsmäßigen garantierten Gerechtigkeiten des Königreiches im Schilde führte? Weiß er nicht, daß man, als man im letzten Moment die deutschen Postulate nach Ultimo abschlug, dies offiziell nicht mit dem Hinweis auf die geltende Verfassung, sondern auf die Chancen der eventuellen Friedensverhandlungen und der auswärtigen Situation begründet wurde? Fällt es dem Minister, wenn er all diese Tatsachen erwägt, wirklich so schwer, einzusehen, daß sich die Slaven in diesem sowohl als auch in jenem Staate für schutz- und vogelfrei, für außerhalb der Gesehe gestellt, von allen Freunden verlassen, nur auf die eigene Kraft angewiesen erachten? Kann er wirklich nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß sie nicht schwarzgelb sein können und in aller Wirklichkeit nicht schwarzgelb zu färben sind, daß sie die Fesseln der dualistischen Staatsform nur zähneknirschend und haßerfüllt ertragen?

In Besprechung der polnischen Frage bemerkt Redner, nach den Worten des Exposités solle offenbar bloß die Wiederaufrichtung jener Teile Polens gemeint sein, welche bei dessen Teilungen von Rußland annektiert worden waren, bei welcher Lösung die von Preußen und Oesterreich annektierten Teile von der Desannexion ausgeschlossen sein sollen. In diesem Punkte befinden sich die Zentralregierungen in einem Gegenstande zu der russischen Regierung, welche nicht nur das okkupierte Polen freigeben, sondern auch die polnischen Gebiete, die sich noch in der russischen Machtsphäre befinden.

Delegierter Dr. v. Bilinski: Welche Gebiete sind das?
Delegierter Daszynski: Welche Gebiete?
Delegierter Dr. Stranšky: Ich müßte die Karte zur Hand nehmen.
Delegierter Daszynski: Da wären Sie aber in Verlegenheit!
Delegierter Dr. Stranšky: Es gibt auch Polen in der Ukraine und die gibt Rußland frei.
Delegierter Dr. v. Bilinski: Aber nicht polnische Gebiete!

Delegierter Dr. Stranšky verlangt vom Minister des Aeußern die Bekanntgabe der Gründe, warum man die Polen bloß von der ohnehin hinfälligen russischen Unterdrückung befreien wolle und nicht zugleich von der unvergleichlich unmenchlicheren preussischen, warum der feierlich proklamierte Wille des polnischen Volkes in Galizien, einem Königreich Polen angegliedert zu werden, unberücksichtigt bleiben soll. Der Minister des Aeußern müsse sich um das nationale Programm interessieren, wenn er seiner Sache gewachsen sei. Wir waren nicht wenig überrascht, als wir vom Minister des Innern erfuhren, daß Graf Czernin dem Maximalisten Trojki überaus öfentlich ist.

Delegierter Dr. v. Langenhau: Wir auch. (Weiterkeit.)
Delegierter Dr. Stranšky: Wir stellen uns Trojki so ganz und gar anders vor, was ja begreiflich ist, da die Sprache, die diese zwei Männer führen, einander so wenig ähnelt. Aber was nicht ist, könnte werden, wenn Graf Czernin sich an Trojki ein gutes Beispiel nimmt. Solange Graf Czernin den Standpunkt, das Selbstbestimmungsrecht der Völker unter internationaler Kontrolle durch die Friedenskonferenz zu gewährleisten, nicht zu dem seinen mache, büßet er sich nicht wundern, daß die Böhmen zu seiner Politik kein Vertrauen haben.

Die Sitzung wird Johann bis 6 Uhr nachmittags unterbrochen.

Delegierter Daszynski

führt aus, von Zeit zu Zeit Dinge in dem politischen Leben Oesterreichs eine Geringschätzung durch, wenn man von der russischen Revolution spreche. Man sieht das Aeußerliche dieser epichalen Erscheinung und weidet sich an dem scheinbaren Lustn, welcher gemeldet wird und der den Inhalt des öffentlichen politischen Lebens in Rußland ausmachen soll. Er warne vor einer solchen oberflächlichen Anschauung. Es liegt etwas Imponantes darin, wenn auf einem Gebiete, das den sechsten Teil des festen Bodens der Erdkugel umfaßt und 150 Millionen Einwohner zählt, eine Umwälzung geschieht, deren Dauer und tiefe Folgen in der ganzen Welt von keinem denkenden Menschen gering geschätzt werden dürften. Der Minister des Aeußern begriffen, er hat begriffen, daß die Revolution erst die Aktualität des Friedens im Osten bedeutet, das erste Glied eines großen Ueberganges zum Frieden. Denn er behauptet heute — und wir sind mit ihm einer Meinung — daß der Schritt im Osten, wenn er gelingt, auch eine gute Vorbereitung für den Westen und Süden ist. Der Friede ist der Stempel der Zeit, er ist die Sehnsucht aller, er ist der einzige Wunsch dieser fürchterlichen Kriegsperiode, die schon alle so übergenug empfinden, daß sie uns den letzten Lebensatem raubt. Durch die Arbeit für den Frieden wird der Minister des Aeußern des Aeußern auch aller Schwierigkeiten Herr werden, und diese Schwierigkeiten sind bis jetzt gewiß nicht klein. Der Minister des Aeußern möge sich durch diese Schwierigkeiten nicht allzu sehr vom Wege abbringen lassen. Da komme Redner auf den Freund zu sprechen. Bitte es nicht ruhig zu ertragen, das man dort allzu sehr mit dem Sabel raffelt. Der Minister des Aeußern war ja leider nicht dabei, er war damals, wie man lesen konnte, leidend, als General Hoffmann mit der Faust auf den Tisch schlug und — was gar nicht nötig war — die Tatsache konstatierte, daß nicht die Russen auf deutschem, sondern die Deutschen auf russischem Boden stehen. Leider hat sich Herr Kühnmann mit General Hoffmann in Uebereinstimmung gesetzt. Es fehlte damals gerade die Stimme eines österröichischen Vertreters, der gar nicht mit der Faust auf den Tisch zu schlagen und der gar nicht über seinen Charakter als Sieger zu prahlen brauchte. Denn ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen bedeutet ja einen Frieden, wo es keine Sieger und keine Besiegten gibt. Wir vermischen also einen Protest gegen diese Haltung des Generals Hoffmann. Aber auch durch diese Schwierigkeiten möge sich der Minister nicht einschüchtern lassen, gegen diese Schwierigkeiten werden sich aus dem Schoße des deutschen Volkes Kräfte erheben, die gegenüber dem General Hoffmann künftig auf den Tisch schlagen werden. Diese Kräfte gewisser reichsdeutscher Politiker, welche die Deutschen in der ganzen Welt verhaßt gemacht hat, gefällt sich auch in den Angriffen auf den Minister des Aeußern. Solche Angriffe sind aber die schönsten Lobeshymnen auf die Verunft seiner Politik.

Wenn Redner in diesem Zusammenhange von Polen rede, so gehe das, weil der Minister einen ganzen Bausatz seiner Ausführungen dem neu zu errichtenden selbständigen polnischen Staate widmete und weil es ein Resultat des Krieges für Oesterreich ist. Wenn das Plebiszit durchgeführt werden soll, so soll es würdig vorbereitet sein in der Weise, daß das nationale Parlament etwas berät und das beratene Gesetz dem Volke vorlegt.

Redner spricht dem Minister seine Anerkennung wegen der Behandlung der Note Wilsons aus. Diese Art sei wirklich lug, kein Brombarbieren, kein Verflüßeln, keine Rechthaberet, sondern eine Anerkennung dessen, was in diesen Vorschlägen vernünftig und möglich sei.

Redner sei mit vielem sehr zufrieden, was der Minister vorbrachte und sei imstande, ihn immer zu unterstützen, wenn er aus seinen Worten und aus seinen Taten den Beweis ersehe, daß er aufrichtig bestrebt sei, einen baldigen Frieden nach Hause zu bringen.

Delegierter Graf Hofe

führt aus, jeder, der die Vorgänge in Breit-Witost und die heutigen Erklärungen des Ministers mit Aufmerksamkeit verfolgte, müsse zugestehen, daß der Minister alles, was bisher möglich war, für die Erlangung des Friedens getan habe und daher das Vertrauen verdiene. Er habe seinen Weg nicht verlassen, er wolle nichts von unseren Feinden, er wolle andererseits aber auch für uns einen Frieden heimbringen, der uns die Möglichkeit gibt, nach dem Kriege weiterzuleben, unsere Existenz zu erhalten. Vor allem sei er bestrebt, bei den Friedensverhandlungen günstige wirtschaftliche Interessen für uns durchzusetzen. In diesem Bestreben werden gewiß alle den Minister unterstützen. Redner verlange auch nicht die großen Schwierigkeiten, denen der Minister gegenüberstehe. Mit Recht habe der Minister den Vorgängen im Hinterlande der Ausstandsbewegung während der letzten Zeit, große Bedeutung beigelegt und gesagt, daß seine Friedensarbeit dadurch sehr erschwert werde. Redner halte es für die Pflicht des Ausschusses, die Verhandlungen eben so klar und offen zu führen, wie sie vom Minister inauguriert wurden. Er wende sich daher an jene Delegierten, die, wenn sie auch, wie sie sagen, diese Bewegung nicht ins Leben gerufen haben, der Bewegung doch sehr nahe stehen, und richte die Frage an sie, wie durch diese Bewegung — hier spreche er nur von ihrem politischen Inhalte, für den wirtschaftlichen Teil derselben könne es gewiß viele Entschuldigungen geben — die Stellung unserer Unterhändler gestärkt werden sollte und welche Mittel dem Minister dadurch an die Hand gegeben werden können, damit er im Sinne des Zustandekommens eines Friedens, wie ihn alle wünschen, arbeiten könne. Wenn sie das Gefühl haben, daß der politische Teil dieser Bewegung nicht danach angetan sei, die Tätigkeit unseres Vertreters bei den Friedensverhandlungen zu unterstützen, dann sei es ihre Pflicht, ihr mit allen Mitteln entgegenzutreten und durch ihre Macht die Bevölkerung darüber aufzuklären, daß sie durch solche Vorgänge das Gegenteil von dem, was intendiert ist, erzeuge.

Delegierter Dr. Ellenbogen

müßte vor allem die neuerliche Befundung des Ministers für einen vorbehaltlos, annexions- und kontributionslosen Frieden begrüßen. Er könne es nur loben, daß er in seinen Erklärungen von Schritt zu Schritt präziser und deutlicher werde. Er begrüße die Tatsache, und insbesondere, weil die polnische Frage einen der Angelpunkte des Zweifels in der Deffinitivität bilde, begrüße er es, daß der Minister es ausdrücklich gesagt habe, je sicherer dieses künftige Volksvotum in Polen den Volkswillen widerspiegeln werde, desto lieber sei es ihm. Diese Aeußerung müßte er auch den anderen Faktoren, die neben ihm für die Frage der Erhaltung des Friedens in Betracht kommen, zur Berücksichtigung und Darlegung empfehlen. Bis heute vermischen wir in Deutschland eine Erklärung, welche dieselbe Entschiedenheit, dieselbe kategorische Präzision aufweist, wie sie Graf Czernin gegenüber Polen bekundet hat. Den Krieg abkürzen können solche Erklärungen wie die heutige des Grafen Czernin. Da gibt es wirklich nichts zu deuteln, nichts zu brehen. Diese Deutlichkeit ist brüben zu vermischen. Und es wäre sehr wichtig, endlich einmal zu hören, ob das deutsche Auswärtige Amt wirklich das tun wird, was es immer wieder erklärt. Wir verlangen, daß Graf Czernin nicht nur in bezug auf Oesterreich jeden Annexionsismus ablehne, sondern auch in einer in Deutschland nicht mißverständlichen Weise von den Plänen der deutschen Annexionsisten abtrude.

Sehr begrüße es Redner auch, daß der Minister den von Wilson aufgestellten 14 Punkten warme Anerkennung gezeigt, nicht nur einem Teil offen zugestimmt habe, sondern auch seine Erklärung ausdrücklich als ein Friedensangebot bezeichnet habe. Zwei sehr ruhige Blätter in England, die „Nation“ und die „Daily News“, in den letzteren Dr. Garbner, haben ihrem Erschauen darüber Ausbruch verliehen, daß die Erklärung Wilsons in Deutschland und Oesterreich so mißverstanden werden konnte.

Redner glaube nicht, daß der Minister in das Horn jener unerlösten Annexionsisten blase, die Venedig für den Papst erobern und bis nach Florenz hinunter wollen, aber selbst, wenn der Minister nichts anderes meint, als daß den Italienern gesagt werden soll: Führt den Krieg nicht weiter, sonst wird es ärger werden, so müßte er bedenken, daß die Berufung auf Waffenerfolge gar keinen Wert hat.

Redner müßte mit Befriedigung konstatieren, daß die heutigen Mitteilungen des Ministers des Aeußern, was die Note Wilson im ganzen betreffe, als ein weiterer Schritt dem allgemeinen Frieden entgegen zu betrachten sind.

Der Minister hat ferner über die Ausstandsbewegung gemeint, daß, wenn man — darunter verstand er offenbar die Sozialdemokraten — im Hinterlande Streiks arrangiere, man sich in einem circulus vitiosus bewege. Redner begrüße diese Redität einer solchen Frage gegenüber nicht. Die Furcht vor dem Scheitern der Verhandlungen sowie die Notlage der Bevölkerung haben die Bewegung spontan hervorgerufen und es war nicht er, jemand notwendig, der sie dazu aufgereizt hätte. Wir sind bei den Massen drauhen wegen der ungeheuren Erregung in diesem Augenblicke durchaus nicht so beliebt gewesen. Wir haben als erfahrene Politiker die Dinge doch etwas ruhiger angesehen, den Leuten zugeredet und sie zu beruhigen getrachtet. Es war ein elementarer Ausbruch der Volkswut, ein Ausbruch der Not und Furcht, daß der Friede nicht kommen wird.

Zum Schluß habe der Minister die Vertrauensfrage gestellt. Die Sozialdemokraten vertrauen dem Minister des Aeußern, daß er kein eibbrüchiger Mann ist, sie vertrauen darauf, daß er keine unmögliche politische Figur sein will, vor allem aber darauf, daß unsere inneren Verhältnisse nach wie vor der stärksten Antriebe der Friedensliebe des Ministers sein werden. Sie vertrauen darauf, daß er aus diesen Gründen wirklich ehrlich den Frieden wolle, und werden ihn in diesem Bestreben unterstützen. Daß das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Person des Ministers, aber wenn die Frage im allgemeinen, konstitutioneller, sozusagen budgetären Sinne aufgeworfen werden sollte, könne er darauf nur antworten: hier handelt es sich um ein System, das mit der Person des Ministers des Aeußern nicht verknüpft werden darf. Seinen persönlichen Ansichten unbeschadet, würden die Sozialdemokraten durch die Bemilligung des Subnets das Eintreten, das zu diesem Kriege geführt hat, unterstützen. Dazu haben wir keinen Anlaß und deshalb bitte Redner, diese Seite der Vertrauensfrage hier nicht aufzuwerfen.

Delegierter Dr. Kováčec

führt aus, es habe überraschend gewirkt, daß der Minister des Aeußern heute der Note Wilsons gegenüber eine freundliche Stellung eingenommen habe. Was die von ihm gemachten Einschränkungen betrifft, müsse Redner namens der Sozialdemokraten Einspruch erheben, daß die verfassungsmäßigen Einschränkungen der Monarchie eine Santhabe für die freie Entwicklung der Nationen bieten können. Denn diese gewährleisteten dem beiden privilegierten Nationen die staatlichen Rechtsmittel zur Ausübung der politisch unterdrückten Völker.

Der Anstus werde dem Minister das geordnete Vertrauen wohl votieren. Dabei möge sich der Minister aber vor Augen halten, daß ihm angesichts der Zusammenlegung der Delegationen, in welchen namentlich die Slaven nicht entsprechend vertreten sind, dadurch nicht auch die Mehrheit der Bevölkerung das Vertrauen ausgesprochen habe.

Redner erklärt schließlich, durch die Ausführungen des Ministers nicht genügend Klarheit erhalten zu haben. Er könne ihm das Vertrauen nicht votieren.

Die Verhandlung wird abgebrochen.
Nächste Sitzung morgen Freitag, 10 Uhr vormittags, mit der Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.